

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kiezblocks retten, Verkehrssicherheit stärken, Lebensqualität erhöhen – Kiezblock-Stopp sofort aufheben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Entscheidung zur Einstellung der finanziellen und fachlichen Unterstützung von Kiezblock-Projekten in den Berliner Bezirken umgehend rückgängig zu machen. Die bisher vorgesehenen Mittel sind den Bezirken weiterhin zur Verfügung zu stellen, um die Umsetzung bereits geplanter und demokratisch legitimierter Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sicherzustellen und die begonnene Bürger*innen-Beteiligung zum Abschluss bringen zu können.

Zudem wird der Senat aufgefordert, den bereits gemeinsam mit den Bezirken erarbeiteten Leitfaden zur Planung und Umsetzung von Kiezblocks weiterzuentwickeln. Transparente Kriterien für die Umsetzung und Förderung von Kiezblock-Projekten sind elementar für das Erreichen der Klimaschutzverpflichtungen. Die Möglichkeiten der reformierten StVO sind zum Erreichen der Ziele daher auszuschöpfen. Dabei soll selbstverständlich auch weiterhin die längst praktizierte Einbindung von Anwohnenden, Gewerbetreibenden sowie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten fortgesetzt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2026 über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

Begründung

Gefährdung der Verkehrssicherheit und Lebensqualität:

Die abrupten Kürzungen der finanziellen Mittel für Kiezblock-Projekte durch den Senat gefährden die Verkehrssicherheit, insbesondere für Fußgänger*innen und Radfahrende, und

mindern die Lebensqualität in den betroffenen Kiezen. Zahlreiche Projekte, die auf breite Unterstützung in der Bevölkerung stoßen, stehen nun vor dem Aus.

Missachtung demokratischer Beteiligungsprozesse:

Viele Kiezblock-Initiativen wurden durch Bürgerbeteiligung, Einwohneranträge und Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen legitimiert. Die Entscheidung des Senats ignoriert diese demokratischen Prozesse und untergräbt das Vertrauen der Bürger*innen in die politische Mitgestaltung.

Unzureichende Begründung der Mittelkürzungen:

Die vom Senat angeführten Gründe für die Einstellung der Projekte, wie unzureichende Berücksichtigung von Wirtschafts- und Rettungsverkehren, sind pauschal und entbehren einer differenzierten Analyse. In den Planungen der Bezirke wurden diese Aspekte bereits berücksichtigt.

Negative Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Verkehrswende:

Kiezblock-Projekte tragen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs bei und fördern umweltfreundliche Mobilitätsformen. Die Kürzungen stehen im Widerspruch zu den Zielen des Klimaschutzes und den angestrebten Zielen der Verkehrswende in Berlin, wie zum Beispiel der Vision Zero.

Verschwendung bereits investierter Ressourcen:

In die Planung und Vorbereitung der Kiezblock-Projekte wurden bereits erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen investiert. Ein Abbruch der Projekte führt zu einer Verschwendung dieser Mittel, behindert die effiziente Nutzung öffentlicher Gelder und führt möglicherweise sogar zu Schadensersatzansprüchen beauftragter Planungsunternehmen, deren Beauftragung nun gefährdet wird.

Berlin, den 8. Juli 2025

Jarasch Graf Hassepaß Kapek
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen